Nummer 120

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Bogdowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Donnerstag, 12. März 1925

Eine Kriegserklärung der französischen Geistlichkeit gegen die Regierung Herriot.

Katholizismus und Sozialismus sind unvereinbar.

EP Paris, 12. März.

Eine Versammlung französischer Kardinäle und Erzbischöfe hat eine Erklärung veröffentlicht, die den „Quotidien" zufolge einer Kriegserklärung an die Republik gleichkommt. In dieser Erklärung wird u. a. gesagt, daß das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche und über die konfessionelle Schule den Rechten Gottes und den menschlichen Interessen zuwiderlaufe. Diese Gesetze seien somit nur dem Namen nach Gesetze. Sie stellten eine Korruption des Gesetzes da. Die Katholiken hätten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diese Gesetze zu bekämpfen und mit allen Mitteln ihre Aufhebung anzustreben. Es müsse dem Urteil entgegengetreten werden, daß man unter allen Umständen dem Gesetz Gehorsam schulde. Man dürfe nicht den Glauben aufkommen lassen, daß man ein Gesetz befolgen müsse, weil es nun einmal ein Gesetz sei, und daß, wer die Kirchengesetzgebung der Regierung angreife, dadurch gleichzeitig die Republik angreife. Es sei auch falsch, zu behaupten, daß die Religion mit der Politik nichts zu tun habe. Die Religion überlasse es jedem zu entscheiden. Rojalistisch oder imperialistisch zu sein, weil diese verschiedenen Regierungsformen ja mit der Religion vereinbar seien.

Die Religion gestatte aber nicht, sozialistisch, kommunistisch oder anarchistisch zu sein,

weil diese drei durch die Vernunft und die Kirche verurteilt würden. Die Katholiken seien gehalten der Regierung treu zu dienen, als sie am weltlichen und geistigen Wohle der Bürger arbeite. Es sei aber den Katholiken nicht gestattet, ungerechte und religionsfeindliche Maßnahmen, die von der Regierung ergriffen würden, zu unterstützen. Der Kirchenpolitik der Regierung müsse der Krieg erklärt werden.

Der Finanzausschuß des französischen Senats zur Botschaft am Vatikan.

Paris, 12. März.

Wie bereits berichtet, hat der Finanzausschuß des Senats gestern abend sich mit der Frage der Beseitigung der französischen Botschaft beim Vatikan beschäftigt. Der Ausschuß hat eine Entschließung gefaßt, die von politischer Tragweite ist. Ueber den Verlauf der Debatte wird in der Morgenpresse folgendes mitgeteilt: Zu Beginn der Diskussion hat der Vorsitzende der Fraktion Poincarés, Senator Théron, die Zurückverweisung des Kapitels, das nur eine Vertretung Elsaß-Lothringens vorsieht, gefordert mit der Begründung, daß die Zurückverweisung nötig sei, da kein Kredit für das Personal der Botschaft beim Vatikan verlangt werde.

Senator de Monzie erklärte, er sei zwar für die Beibehaltung der Botschaft, er fordere aber seine Kollegen von der radikalen Linken auf, sich der Abstimmung zu enthalten, bis Ministerpräsident Herriot sich vor dem Ausschuß ausgesprochen habe. Sein Vorschlag, die Verhandlung zu vertagen, erzielte nur vier Stimmen, acht Mitglieder stimmten gegen ihn. Darauf wurde in die Diskussion eingetreten, bei der 15 Mitglieder die Beseitigung der Botschaft ablehnten, während 15 für die Beseitigung stimmten. Senator de Monzie enthielt sich der Stimme. Wenn die fünfzehn ablehnenden Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen hätten, wäre nichts an der Tatsache der Stimmengleichheit geändert worden. Durch diese Abstimmung ist also der Budgettitel, wie ihn die Kammer angenommen hat, abgelehnt worden. Einige Morgenblätter sagen, daß nunmehr Herriot vor dem Finanzausschuß erscheinen werde, um seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit klarzulegen.

England will eine Weltwirtschaftskonferenz einberufen?

Ein Weg zur Annäherung an die deutsche Industrie.

TU London, 11. März.

Sir Eric Geddes, der heute aus seinem Amt als Präsident des Reichsverbandes der englischen Industrie schied, hielt heute auf der Generalversammlung des Verbandes eine wirtschaftspolitisch sehr bedeutsame Ansprache. Er machte den Vorschlag, die weltwirtschaftlichen Beziehungen, kurzum die Zusammenarbeit der Industrie der einzelnen Länder durch eine Konferenz näher zu bringen. Der gegenwärtige Wettbewerb in der Welt sei ungesund. Es würde dabei auf ein schrittweises, langsames bedächtiges Vorgehen ankommen. Man würde mit den einzelnen Ländern Verhandlungen einleiten. Die Verhandlungen der Konferenz sollten den Weg zur Wiederherstellung des Vertrauens ebnen und die einzelnen Industrieführer und Industrien einander näher bringen. Dann werde man eines Tages in der Lage sein, auch über die Fragen zu sprechen, die heute die einzelnen Nationen voneinander trennen. Gleichzeitig müßten Verhandlungen des britischen Reiches abgehalten werden, die das Problem der Beziehungen zwischen England und seinen Kolonien auf der einen Seite und der Gesamtheit der anderen Nationen umfassen müßten. Diese Rede war, wie auch den Schlußsätzen hervorgeht,

auf die Beziehungen zu Deutschland gemünzt.

Sie ist jedenfalls der Auftakt zu einer weitreichenden grundsätzlichen Regelung der gesamten englischen Wirtschaft, die nicht nur die maßgebenden Industrien, sondern ebensosehr die Regierung und die Politik beschäftigt.

EP London, 12. März.

Als Nachfolger von Sir Eric Geddes als Präsident des Bundes der britischen Industriellen ist der Oberst Vielles ernannt worden.

Rechte und Demokraten für Geßler.

Die Zustimmung des Zentrums heute abend zu erwarten.

Im Reichstage herrschte heute schon seit vormittag reges Leben und Treiben. Alle Fraktionsführer und die Mitglieder der Fraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei waren versammelt, um an der Entscheidung über die Kandidatur der Reichskanzlerschaft sich zu beteiligen. Sachlich stellte sich in den ersten Nachmittagsstunden die Lage folgendermaßen dar:

Bei der Wahl zwischen der Kandidatur Jarres und Geßlers ist es zunächst innerhalb der Deutschen Volkspartei zu einem Meinungsaustausch besonders im Anschluß an Aeußerungen Stresemanns über den Eindruck einer Kandidatur Geßlers bei der Entente darüber gekommen, wie sich die Deutsche Volkspartei zu der Kandidatur Geßlers zu verhalten habe. Auf das Drängen der in der Kandidatur Geßlers hauptsächlich beteiligten Parteien faßte die Deutsche Volkspartei in ihrer Reichstagsfraktion folgenden Beschluß:

Die Fraktion hält an der Kandidatur Jarres fest, sie wird jedoch einer Sammelkandidatur Geßlers dann zustimmen, wenn diese von allen bürgerlichen Parteien übernommen wird.

Dieser Beschluß wurde sofort dem Zentrum und dem Loebell-Ausschuß mitgeteilt. Somit bestehen keine Schwierigkeiten mehr gegen die Kandidatur Geßlers seitens der Deutschen Volkspartei, die auch den Vorwand der angeblichen außenpolitischen Schwierigkeiten ablehnt.

Nachdem also außerhalb des Zentrums im bürgerlichen Lager keine Einwendungen gegen Geßler vorhanden sind, steht es ausschließlich beim Zentrum, ob es sich für die von allen anderen bürgerlichen Parteien gutgeheißenen Kandidatur Geßlers einsetzen wolle. Der Reichsparteiausschuß des Zentrums war vormittags um 10 Uhr zusammengetreten, vertagte sich jedoch alsbald. Die weiteren Verhandlungen wurden zunächst im Reichsparteivorstand weitergeführt. Der Parteiausschuß tritt um 2 Uhr wieder zusammen. Wie wir hören, war man mittags im Zentrum bereits soweit gekommen, daß die Bedenken des linken Flügels gegen eine Sammelkandidatur von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen überwunden waren. Daher steht nur die Personenfrage im Mittelpunkt der Nachmittagsverhandlungen. Von seiten des Loebell-Ausschusses ist das Zentrum ersucht worden, seine Entscheidung bis heute nachmittag 5 Uhr mitzuteilen und gegebenen Falles gleichzeitig Bevollmächtigte zu entsenden, die zum Abschluß für den ersten und eventuellen zweiten Wahlgang berechtigt seien.

Man hielt es im Reichstag nicht für ausgeschlossen, daß, wenn das Zentrum heute nachmittag noch nicht zu einem Entschlusse kommen sollte, der Löbell-Ausschuß von sich aus im Einvernehmen mit den Demokraten Geßler als Kandidaten aufstellen wird.

Wie wir überdies hören, sind die Vaterländischen Verbände im Gegensatz zu der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei durchaus bereit sich für eine Kandidatur Geßlers einzusetzen.

Die „Bayerische Volkspartei" gegen Marx und Jarres.

TU München, 12. März.

Der „Bayerische Kurier" weist erneut darauf hin, daß die Bayerische Volkspartei eine Kandidatur Dr. Jarres in ihrer überwiegenden Mehrheit scharf ablehnen werde, weil seine staats-, sozial- und kulturpolitischen Auffassungen von der Einstellung der Bayerischen Volkspartei weit abweichen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben zu den Nachrichten über eine Präsidentschaftskandidatur Marx: Auf jeden Fall kann heute schon gesagt werden, daß eine Kandidatur aus dem linken Flügel des Zentrums in Bayern, gleichviel welche Wahlparole die Bayerische Volkspartei auch ausgeben würde, die nationalen Stimmen nicht bekäme. **Auch Aeußerungen aus der Bayerischen Volkspartei ist an eine Wahlparole der Bayerischen Volkspartei für Marx nicht zu denken.**

Die angeblichen Hilfsgelder für den deutschen Wettbewerb mit England.

TU London, 12. März.

Ein Abgeordneter stellte gestern im Unterhause die Frage, ob die Regierung eine Erklärung über die Wirkung der Reparationsforderungen der Alliierten auf die Löhne und Arbeitsbedingungen in Deutschland abgeben könne und ob die deutsche Regierung Hilfsgelder an jene Industrien gegeben habe, die mit der britischen Produktion im Wettbewerb ständen. Baldwin erklärte, er glaube nicht, daß es gegenwärtig möglich sei, die Wirkungen der Reparationszahlungen auf die Löhne und Gehaltsbedingungen in Deutschland abzuschätzen. Der deutschen Regierung stände es ebenso wie jeder anderen Regierung frei, Hilfsgelder zu gewähren, solange die hieraus entstehenden Kosten die Ausführung der Reparationsverpflichtungen nicht beeinflußten. Auf die Frage, ob die deutsche Regierung den deutschen Schiffahrtsgesellschaften, die kürzlich einen Auftrag für britische Schiffe erhalten hätten, Hilfsgelder gewährt hätte, erklärte Baldwin, ihm sei darüber nichts bekannt.

Englische Aufträge an deutsche Firmen.

Neidische Beobachtung der englischen Presse.

TU London, 12. März.

Seit einiger Zeit wird in der englischen Presse wieder lebhafte Propaganda gegen den deutschen industriellen Wettbewerb gemacht. In großer Aufmachung bringt heute die „Daily Mail" wieder einen Artikel über den deutschen Wettbewerb und sagt, daß der Dawes-Plan, der Deutschland mit Kredit versorgt habe, es Deutschland leicht mache, mit dem britischen Handel in Wettbewerb zu treten. Der Berliner Korrespondent berichtet von mehreren bedeutenden Aufträgen, die von britischen Firmen nach Deutschland gegeben worden seien. Die Straßenbahngesellschaft in Dublin habe bei den Deutschen Kabelwerken ihren Bedarf für die nächsten zwölf Monate gedeckt. Ferner haben die Indische Eisenbahn-Kompagnie 34 Waggons und die Südafrikanische Eisenbahngesellschaft 15 Lokomotiven in Deutschland bestellt. Erst gestern habe die Gute Hoffnung Hütte trotz schärfsten britischen Wettbewerbs einen Auftrag zum Bau einer Brücke in der Nähe von Rotterdam erhalten.

Am 11. März wurden im Auswärtigen Amt die deutsch-polnischen Verhandlungen in der Frage der polnischen Wanderarbeiter eröffnet. Der Abschluß eines dahingehenden Abkommens wird angestrebt.

*

Wegen Beleidigung des ehemaligen Reichskanzlers Marx in Breslau wurde der Herausgeber der Wochenschrift „Die Tribüne" Max Gruschwitz zu 3000 Mark Geldstrafe oder 150 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Staat zwischen Leben und Sterben.

Grabski trotzdem optimistisch über Polens Zukunft.

Das „Journal" veröffentlicht Interviews eines Sonderkorrespondenten mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grabski. Dieser erklärte, daß Polen trotz seines Kohlen- und Petroleumreichtums noch immer mit einem Fuß am Grabe stehe. Es müsse alles geschehen, um aus Polen einen modernen Staat zu machen, weil Polen nacheinander von drei Armeen heimgesucht worden sei. Was die Russen nicht genommen hätten, sei von den Deutschen genommen worden. Glücklicherweise sei Polen aus den drei Nachbarprovinzen des früheren Deutschland, Rußland und Oesterreich-Ungarn zusammengesetzt. Da seine Bevölkerung außerdem jährlich beträchtlich zunehme, so werde Polen sich rasch erholen, allerdings unter der Bedingung, daß Deutschland es leben lasse. Die Deutschen müßten sich an die Existenz Polens gewöhnen. Er begreife wohl, daß der Verlust der schlesischen Kohlen wie auch die Schaffung des Danziger Korridors für Deutschland unangenehme Neuerungen seien. Die Zeit aber werde auch hier ausgleichend wirken. Polen werde es verstehen, ein guter Nachbar Deutschlands zu sein. Polen habe 50 Friedensjahre nötig.

Ein rumänisches Grünbuch.

Ueber den Streit mit Deutschland.

Bukarest, 11. März.

Die Regierung hat ein Grünbuch veröffentlicht, das eine Denkschrift über den Standpunkt Rumäniens in der Streitfrage mit Deutschland und die diesen Standpunkt bekräftigenden Dokumente enthält. Die Denkschrift hat 38 Seiten und kommt zu dem Schluß, das Recht Rumäniens, die Einlösung der durch die Banca Generala ausgegebenen Noten zu verlangen, stütze sich auf folgende Punkte: 1. die von Deutschland zur Zeit der Ausgabe übernommene und den Noten aufgedruckte Verpflichtung, 2. die Bestimmung des Vertrages von Bukarest, 3. die Klauseln des Waffenstillstandsvertrages, in denen sich Deutschland verpflichtet, das in den von ihm seinerzeit besetzten Ländern ausgegebene Papiergeld und die Bons zurückzuerstatten, 4. die vorbereitenden Arbeiten der Unterkommission der Friedenskonferenz für Währungsangelegenheiten, 5. Art. 296 § 6 des Versailler Vertrages und 6. die Tatsache, daß Deutschland grundsätzlich die Forderung Rumäniens gelegentlich der verschiedenen Verhandlungen und den von Deutschland gemachten Regelungsvorschlägen anerkannt hat. Die Forderung Rumäniens habe einen Sondercharakter und könne nicht in die Annuitäten aus dem Dawesplan einbezogen werden, um so mehr als Rumänien den Dawesplan mit dem formalen Vorbehalt bezüglich dieser Frage angenommen hat.

Wie weiter die Bukarester Blätter melden, hat die rumänische Regierung ihren Gesandten in London Titulescu und den Bukarester Rechtsanwalt Rosenthal zu Delegierten für das Schiedsgericht ernannt, das sich mit dem deutsch-rumänischen Streitfall befassen soll. Die Delegierten haben jedoch die Anweisung, an den Schiedsgerichtsverhandlungen nur als Beobachter teilzunehmen.

Die Vereidigung des stellvertr. Reichspräsidenten.

Kurz nach 12 Uhr mittags fand heute im Plenarsitzungssaal des Reichstags die feierliche Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons statt. Sämtliche Reichstagsfraktionen sind vertreten, bis auf die Kommunisten. In der Diplomatenloge wohnen Vertreter der fremden Mächte der Feier bei.

Um 12 Uhr 5 Minuten betreten Reichstagspräsident Loebe und stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons den Saal. Ihnen folgen die Mitglieder des Reichskabinetts.

Der Reichstagspräsident richtet sofort folgende Ansprache an Dr. Simons:

Herr Reichsgerichtspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbeklagten Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Herrn Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß also auch sein Vertreter den im Artikel 48 vorgeschriebenen Eid vor dem Reichstage ablegt. Ich habe die Mitglieder des Reichstags zu diesem feierlichen Akt zusammengerufen und erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen. Ich ersuche das Haus, sich zu erheben, und bitte Sie, den Eid abzulegen.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons sprach sodann folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Reichstagspräsident Loebe: Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohle des Landes und des deutschen Volkes verwalten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichen Glückwunsch aus.

Stellvertretender Reichspräsident Dr. Simons:

Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses Hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl — das Gesetz sagt es klar — daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich, denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richtertums, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit, von dem vielbetrauerten Toten, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amt die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, seine Rechte mit Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum ersten Male in seiner wechselvollen Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatlich geeint ist, in freier, unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt küren wird. (Lebhafter Beifall.)

Mit einem Händedruck verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages

wurden verschiedene Fragen behandelt.

Ein Antrag des Abg. Dr. Best (Dnat.) will zur einstweiligen Regelung der Aufwertung folgendes erreichen: Die Artikel 1 und 2 der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924, sowie des § 84 der Verordnung, soweit er sich auf die vorgenannten Bestimmungen bezieht oder bezüglich der übrigen Vorschriften der Verordnung die Regierung ermächtigt, allgemeine Anordnungen ergänzenden oder abweichenden Inhalts zu treffen, treten mit der gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung, jedoch spätestens am 31. Mai 1925, außer Kraft. Dasselbe gilt von den zur Durchführung, Ergänzung und Abänderung der vorausgeführten Bestimmungen erlassenen Vorschriften. Zum gleichen Zeitpunkt soll die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden.

Ferner standen die Anträge des Abg. Heil (Soz.) und Müller-Franken (Soz.) zur Verhandlung, wonach die Reichsregierung ersucht wird, bei der Regelung der Fragen der Aufwertung der öffentlichen Anleihen die Inhaber der Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen sowie der Kriegsopfer besonders zu berücksichtigen. Die Artikel 1 und 2 der dritten Steuernotverordnung sollen nach dem sozialdemokratischen Antrag mit dem 31. März 1925 aufgehoben werden. Zur anderweitigen Regelung der in der dritten Steuernotverordnung behandelten Gegenstände soll die Reichsregierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, der am 1. April 1925 in Kraft treten soll und in dem die gesamte Aufwertungsfrage einschließlich der Aufwertung der öffentlichen Anleihen im Interesse der Gläubiger unter Bevorzugung bestimmter besonders aufwertungsbedürftiger Forderungen einer wesentlichen Neugestaltung unterzogen werden soll.

Reichsfinanzminister von Schlieben erklärte, daß die Reichsregierung die bestimmte und be-